

Marcus Schnabelrauch

# Vorfragenkompetenz und Bindung bei der Auslegung steuerrechtlicher Vorschriften

Eine Untersuchung zur Vermeidung divergierender  
Entscheidungen im Steuer- und Steuerstrafrecht aus  
verfassungsrechtlicher Perspektive



**Nomos**



# Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	31
A. Einleitung	39
I. Der Anlass der Untersuchung	39
II. Die frühere Diskussion während der „Parteispendenverfahren“	41
III. Die Notwendigkeit einer grundlegenden Untersuchung	44
IV. Gang der Untersuchung	49
B. Vorfragenkompetenz und Bindung	53
I. Der Begriff „Vorfragenkompetenz“	54
1. Der Begriff „Vorfrage“	54
2. Die Vorfragenkompetenz	59
II. Der Begriff „Bindung“	65
1. „Vorfragenkompetenz“ und „Bindung“ als Antonyme	66
2. Erste begriffliche Annäherung	68
3. Die Erscheinungsformen der Bindung (Bindungsformen)	77
4. Zusammenfassung: Bindungsbegriff und Bindungsformen	218
5. Bedeutung der Aussetzungsvorschriften	222
6. Zusammentreffen unterschiedlicher Bindungsformen	223
7. Exkurs: Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Rechtswegvereinheitlichung	225
III. Rückschlüsse auf die dogmatische Grundlage der Vorfragenkompetenz	227
1. Verfassungsrechtliche Verankerung der Vorfragenkompetenz?	228
2. Verankerung in den Vorschriften über die Verfahrensaussetzung?	237
3. Verankerung in den Vorschriften über die freie Beweiswürdigung?	238
4. Verankerung in § 262 Abs. 1 StPO?	239
5. Verankerung in § 14 Abs. 2 Nr. 1 EGZPO?	241

## Inhaltsübersicht

6. Verankerung in § 17 Abs. 2 Satz 1 GVG?	242
7. Allgemeine Folge der Zuständigkeitsvorschriften	244
IV. Rückschluss auf das Verhältnis von Vorfragenkompetenz und Bindung	247
V. Ergebnisse des Kapitels B.	249
C. Die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte im Steuerstrafrecht	253
I. Methodologischer Ansatz	253
II. Offener Wortlaut des materiellen Steuerstrafrechts	255
III. Bindung der Strafgerichte an Entscheidungen der Finanzbehörden bzw. Finanzgerichte?	259
1. Die frühere gesetzlich ausdrücklich angeordnete Bindung in § 433 RAO 1919	259
2. Die allgemeinen Bindungsformen im Steuerstrafrecht	279
3. Konsequenz für die Vorfragenkompetenz der Strafgerichte	314
IV. Konsequenzen für die Anwendung des materiellen Steuerstrafrechts und des § 396 AO	316
1. Ausprägungen der Vorfragenkompetenz bei der Prüfung des § 370 AO	316
2. Handhabung des § 396 AO	325
V. Nachträgliche Anpassung des Strafurteils an das Finanzgerichtsurteil?	347
1. Wiederaufnahme des Verfahrens	348
2. Der Gnadenakt	352
3. Zwischenergebnis	354
VI. Vermeidung divergierender Entscheidungen durch Bindung der Finanzgerichte an die Strafgerichte?	354
VII. Kritik des gesetzgeberischen Regelungskonzepts	358
1. Zum Inhalt der §§ 154d, 262 Abs. 2 StPO	359
2. Die herrschende Meinung zum gesetzgeberischen Regelungskonzept hinter § 396 AO	361
3. Eigene Ansicht: Warn- und Appellfunktion als <i>ratio legis</i> des § 396 AO	367
4. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesetzgeberischen Regelungskonzept	371
VIII. Ergebnisse des Kapitels C.	372

D. Die verfassungsrechtliche Überprüfung der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	376
I. Zur Bindung der Strafgerichte in anderen Sachbereichen mit verwaltungsrechtlichen Vorfragen	379
1. Das Umweltstrafrecht (§§ 324 bis 330d StGB)	379
2. Das übrige Kernstrafrecht	455
3. Das Nebenstrafrecht	465
4. Grundzüge strafgerichtlicher Bindung außerhalb des Umweltstrafrechts	480
5. Zwischenergebnis: Die Bindung der Strafgerichte im verwaltungsakzessorischen Strafrecht als Regelfall	481
II. Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz im Steuerstrafrecht	490
1. Der Wertungswiderspruch zwischen Steuerstrafrecht und übrigem verwaltungsakzessorischem Strafrecht als Ausgangspunkt der verfassungsrechtlichen Untersuchung	492
2. Wertungswidersprüche und Art. 3 Abs. 1 GG	500
3. Wertungswidersprüche und Art. 20 Abs. 3 GG	540
4. Zwischenergebnis: Die verfassungsrechtliche Relevanz der „Sonderrolle“ des Steuerstrafrechts	593
5. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der abweichenden Rechtslage im Steuerstrafrecht?	594
6. Rechtsfolge	622
7. Zwischenergebnis: Die Verfassungswidrigkeit der Vorfragenkompetenz der Strafgerichte in Steuerstrafsachen	630
III. Ergebnisse des Kapitels D.	637
E. Reformvorschläge	638
I. Umfassender Systemwechsel	639
II. Einführung einer Wiederaufnahmemöglichkeit bei abweichender finanzgerichtlicher Entscheidung über die steuerrechtliche Vorfrage	640
III. Einführung einer Tatbestandswirkung des Steuerbescheids im Steuerstrafrecht	643
1. Keine Tatbestandswirkung „in Reinform“	644
2. Tatbestandswirkung und Verfahrensvoraussetzung?	644

3. Tatbestandswirkung und objektiver Strafaufhebungsgrund?	646
IV. Bindung der Strafgerichte an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (§ 468 RAO 1965)?	650
V. Bindung der Strafgerichte über die materielle Rechtskraft finanzgerichtlicher Urteile	651
VI. Bindung der Finanzbehörden und Finanzgerichte an die Strafgerichte?	651
VII. Änderung der Zuständigkeitsordnung	652
1. Zuweisung der Zuständigkeit für Steuerstrafverfahren zu den Finanzgerichten?	652
2. Zuweisung der Zuständigkeit für steuerstrafrechtsrelevante Besteuerungsverfahren zu den Strafgerichten?	653
VIII. Neuartige Ansätze	655
1. Einführung eines finanzgerichtlichen „Vorabverfahrens“ über die steuerrechtliche Vorfrage in Steuerstrafsachen	655
2. Einrichtung von Spezialkammern	656
IX. Ergebnisse des Kapitels E.	661
F. Exkurs: Die Auswirkungen des Untersuchungsergebnisses auf das Verhältnis der Finanzgerichtsbarkeit zu anderen Gerichtsbarkeiten	665
I. Steuerrechtliche Vorfragen in der Zivil- und Arbeitsgerichtsbarkeit	665
1. Überblick über die unterschiedlichen Konstellationen steuerrechtlicher Vorfragen in der Zivilgerichtsbarkeit	665
2. Unterschiedliche Rechtsansichten der Zivilgerichte im Hinblick auf die Vermeidung divergierender Entscheidungen	668
3. Eigene Lösung	676
4. Zwischenergebnis: Vermeidung divergierender Entscheidungen zwischen Zivil- und Finanzgerichten	694
II. Steuerrechtliche Vorfragen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit	695
1. Existenz einfachgesetzlicher Bindungstatbestände?	695
2. Verfassungsrechtliche Schlussfolgerungen; verfassungskonforme Auslegung des § 94 VwGO	701
3. Ergebnis	704
III. Steuerrechtliche Vorfragen in der Sozialgerichtsbarkeit	704